



**HAL**  
open science

# Unruhen in der aktuellen französischen Gesellschaft. Eine elementare Form politischer Aushandlungsprozesse

Laurent Mucchielli

► **To cite this version:**

Laurent Mucchielli. Unruhen in der aktuellen französischen Gesellschaft. Eine elementare Form politischer Aushandlungsprozesse. Fraktale Metropolen, Hybride Metropolen. Stadtentwicklung zwischen Devianz, Polarisierung und Hybridisierung, Springer VS, 2016, 978-3-658-11492-3. 10.1007/978-3-658-11492-3\_7. hal-01631148

**HAL Id: hal-01631148**

**<https://hal.science/hal-01631148>**

Submitted on 21 Mar 2020

**HAL** is a multi-disciplinary open access archive for the deposit and dissemination of scientific research documents, whether they are published or not. The documents may come from teaching and research institutions in France or abroad, or from public or private research centers.

L'archive ouverte pluridisciplinaire **HAL**, est destinée au dépôt et à la diffusion de documents scientifiques de niveau recherche, publiés ou non, émanant des établissements d'enseignement et de recherche français ou étrangers, des laboratoires publics ou privés.

# Unruhen in der aktuellen französischen Gesellschaft

Laurent Mucchielli

Aix Marseille Univ, CNRS, LAMES, Aix-en-Provence, France



Laboratoire méditerranéen de sociologie  
UMR 7305 - Aix Marseille Université - CNRS  
Maison méditerranéenne des sciences de l'homme  
5 rue du Château de l'Horloge, BP 647  
13094 Aix-en-Provence  
<http://lames.cnrs.fr>

# Unruhen in der aktuellen französischen Gesellschaft

Eine elementare Form politischer Aushandlungsprozesse<sup>1</sup>

Laurent Mucchielli

## Zusammenfassung

Ende der 1970er Jahre tauchte in Frankreich erneut das Phänomen von Unruhen auf. Es verstärkte sich in den 1990er Jahren und erfuhr im Jahr 2005 mit landesweiten Unruhen einen Höhepunkt. Seit dieser Zeit setzt es sich auf lokaler Ebene bis heute fort. Dieser Artikel stellt eine Synthese in den letzten Jahren in Frankreich durchgeführter Untersuchungen vor und beschreibt einen umfassenden Interpretationsrahmen dieses Phänomens, indem ökonomische, soziale und politische Dimensionen angesprochen werden. Außerdem wird auf die psychologischen, kollektiven Dimensionen der Unruhen, der Emotionen und der gemeinsamen anhaltenden Empörung eingegangen ebenso wie auf die Notwendigkeit ihrer Anerkennung, die sich damit ausdrückt. Der Artikel analysiert im Anschluss Prozesse der Ghettoisierung, die Schwächen staatlicher Regulierung – besonders die der Stadtpolitik *politique de la ville* –, das Problem fehlender politischer Repräsentation der Bewohner der ärmeren Stadtviertel sowie die wachsende Stigmatisierung der Bewohner mit so genanntem Migrationshintergrund – eine wachsende Stigmatisierung, die durch die zunehmende Islamophobie in der französischen Gesellschaft verstärkt wird. Am Ende dieser Analyse einer politischer Soziologie analysiert der Autor die Unruhen als ‚elementare Form politischer Aushandlungsprozesse‘.

<sup>1</sup> Aus dem Französischen von Florian Weber und Brigitte Weber.  
F. Weber, O. Kühne (Hrsg.), *Fraktale Metropolen*, Hybride Metropolen,  
DOI 10.1007/978-3-658-11492-3\_7, © Springer Fachmedien Wiesbaden 2016

mucchielli@msh.univ-aix.fr

132 Laurent Mucchielli

## 1 Einleitung: Die Unruhen in Frankreich als ‚elementare Form politischer Aushandlungsprozesse‘

Die französischen Unruhen der heutigen Zeit finden in den Vierteln des sozialen Wohnungsbaus statt, die von der Deindustrialisierung und Arbeitslosigkeit betroffen sind und die in hohem Maße von Arbeiter- und Angestelltenfamilien bewohnt werden, darunter viele aus den großen Migrationsströmen der 1950er bis 1970er Jahre (Portugiesen, Maghrebener (Marokko, Algerien, Tunesien), anschließend Schwarzafrikaner). Sie treten im Allgemeinen plötzlich nach dem Tod eines oder mehrerer Jugendlicher aus dem betroffenen Stadtviertel auf, am häufigsten in

(unterschiedlicher) Verbindung mit Polizeieinsätzen. Sie sind das Werk von Jungen, Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die häufig arbeitslos oder nicht berufstätig sind, manchmal Arbeiter in prekären Verhältnissen oder Lehrlinge oder noch Schüler in den am wenigsten wertgeschätzten Ausbildungsbereichen. Diese Jugendlichen sind in keiner politischen Organisation strukturiert und erheben anscheinend

auch keine Forderungen. Das Repertoire ihres gemeinsamen Handelns liegt in erster Linie im Anzünden von Fahrzeugen und Auseinandersetzungen mit den Ordnungskräften. In einigen Fällen zielen die Brandanschläge auch auf Gebäude und bestimmte Geschäfte werden ausgeraubt. Die Unruhen dauern üblicherweise ein bis drei Tage.

Nach einer langen Geschichte innerhalb der bäuerlichen Gesellschaften und der industriellen Gesellschaft des 19. Jahrhunderts sind neue urbane Unruhen in Frankreich in den 1970er Jahren – in der *banlieue lyonnaise*, den Vorstädten von

Lyon – erneut aufgekommen. Im Übergang von den 1980er zu den 1990er Jahren nahmen sie ein größeres Ausmaß an und betrafen erneut vor allem die Region um Lyon sowie die Region um Paris herum. Seitdem sind sie in der sozialen und politischen Landschaft Frankreichs fest verankert – und dies bis heute. Im Jahr 2005 führte eine lokale Ausschreitung – und dies zum bisher ersten und einzigen Mal – zu einem kollektiven Identifikationsprozess, der sich auf das ganze Land ausgebreitet hat und eine massive Verunsicherung an der Staatsspitze ausgelöst hat (Mucchielli und Le Goaziou 2007). Seitdem haben Unruhen wieder eine lokale und sporadische Dimension angenommen. Jedes Jahr finden mehrere lokale Ausschreitungen

unterschiedlicher Ausprägung in Frankreich statt (siehe hierzu auch Weber in diesem Band).

Trotz dieser langen Lebensdauer bleibt das Phänomen in der öffentlichen Auseinandersetzung

zu weiten Teilen unverstanden. Die Unruhen bilden ein zentrales Element sozialer Repräsentation der ‚*banlieues*‘, der französischen Vorstädte, und werden mit einer Form der Gewalt gleichgesetzt, deren Urheber ‚Jugendliche mit Migrationshintergrund‘ sind und die Gegenstand einer starken Stigmatisierung

mucchielli@msh.univ-aix.fr

sind (hierzu auch Kühne in diesem Band zu den *riots* in Los Angeles). Die offizielle Antwort der Staatsmacht ist immer in erster Linie repressiv: die Antwort ist polizeilicher und juristischer Art. Die soziale Repräsentation der ‚*banlieues*‘ hat allerdings auch einen zusätzlichen mitfühlenden Aspekt (das ‚Elend‘), mit dem oft die französische quartiersbezogene Stadtpolitik *politique de la ville* verknüpft wird (dazu auch Kirszbaum und Vieillard-Baron in diesem Band).

Mit einem gewissen Abstand zu diesen Repräsentationen und moralischen Wertungen

fragt die soziologische Analyse nach der politische Bedeutung der Unruhen.

Robert Castel (2006, S. 800) führt hierzu aus: „Wenn auch die Unruhen in ihrer Form außerhalb des Politischen zu liegen scheinen, tragen sie doch nicht weniger eine klare politische Bedeutung, in dem sie im öffentlichen Raum ein entscheidendes Problem aufdrängen. Aus diesem Blickwinkel können offensichtlich unsinnige Handlungen – das Anzünden von Autos – eine politische Botschaft darstellen, die als ein verzweifelter Ruf nach Aufmerksamkeit gelesen werden kann“. Wir für unseren Teil schlagen vor, die Unruhen als eine „elementare Form politischer Aushandlungsprozesse“<sup>2</sup> anzusehen (Mucchielli 2006, 2010). Diese soziologische Interpretation kann etliche unserer Mitbürger überraschen, besonders die, die nur das Fernsehen als Informationsmedium nutzen. In der Tat haben die Unruhestifter keine Flugblätter oder Transparente geschrieben, haben keine Petitionen unterzeichnen lassen, haben keine Internetseiten angelegt und haben auch keine Demonstrationen in den Stadtzentren organisiert, bei denen sie ihre Slogans oder Forderungen kundgetan hätten. Aus dieser Sicht ist der Kontrast zu traditionellen Straßendemonstrationen offenkundig. Der ganze Unterschied liegt genau genommen in dem Umstand, dass die traditionellen Demonstrationen zum Großteil von Gewerkschaften, Initiativen oder Vereinen *organisiert* werden, die gut strukturiert sind und über materielle Mittel, eine politische Kultur und das Wissen um Forderungen verfügen. Dagegen verfügen die Jugendlichen der ehemaligen

Arbeiterviertel über keine politische Kultur, keine materiellen Mittel und auch keine Gewerkschafts- oder politische Organisation, die im Stande wäre, sie zu verteidigen und sie begleiten – in anderen Worten sind sie des Zugangs zu herkömmlichen Mitteln politischen Handelns beraubt. In gewisser Hinsicht finden sich die Bewohner der Arbeiterviertel ein wenig in der Situation der Bauern vor der industriellen Revolution.

2 „Forme élémentaire de la protestation politique“.

mucchielli@msh.univ-aix.fr

## 2 Die Ausschreitung als Emotion und kollektive Empörung

Das Wort ‚*émeute*‘ (Unruhe) stammt vom Verb ‚*émouvoir*‘ (= bewegen) ab. Vom hohen Mittelalter bis in die Renaissance bezeichnete eine ‚*esmote*‘ eine gemeinschaftliche

Emotion, die die Form eines spontanen Volksaufstands annahm. „Aufrührerischer Tumult, Aufstand im Volk“ gibt das Wörterbuch der *Académie française* Mitte des 18. Jahrhunderts an. Die Ausschreitung ist also eine gemeinsam geteilte und spontane Emotion. In Frankreich stellte seit Ende der 1970er Jahre oft der Tod oder schwere Verletzungen eines oder mehrerer Jugendlicher des betroffenen

Stadtviertels deren Ausgangspunkt dar, eng verbunden mit (unterschiedlichen) Polizeiaktionen. Wichtig ist, die Art der Emotion und der moralischen Empörung zu verstehen, die die Ausschreitung in den Augen ihrer Akteure legitimieren, wie Didier Lapeyronnie (2006, S. 439ff.) ausführt: „Die Schweigemärsche sind in gewisser

Weise das Gegenteil und die Ergänzung der Ausschreitung. [...]. [S]ie versorgen die Aufständischen mit ‚emotionaler Energie‘ und versichern ihnen eine gewisse Solidarität seitens ihrer Gruppe. [...]. Sie bestätigen den grundlegenden moralischen Code der Gesellschaft und der Gruppe, die durch die polizeiliche Absurdität verletzt wurde, und bilden die Legitimationsgrundlage der Wut. Das ‚wir‘, das sich durch die negative Erfahrung des polizeilich ‚anderen‘ konstituiert, verschafft sich so eine moralische Legitimation, die sich schließlich gegen die soziale Ordnung ‚im Allgemeinen‘ jenseits der Unterdrückungskräfte richtet. Gerade also als ‚Niemand‘ behauptet damit der Aufständische sein Existenzrecht gegen eine tödliche Gesellschaftsordnung, die ihn negiert und am Leben hindert. In den Aussagen und den Erklärungen werden der moralische Protest und der Ruf nach Respekt oft vom Eindruck begleitet, nicht wie ein menschliches Wesen behandelt

zu werden, auf eine gewisse animalische Ebene zurückgesetzt zu werden“.

Diese moralische Dimension erklärt, dass die Aufständischen nicht nur Arbeitslose und Kriminelle der Stadtquartiere sind. Sie begründet die Solidarität, die ein großer Teil der Bevölkerung ausdrückt. Daher, so Lapeyronnie weiter, sind Unruhen

– ausdrucksstark und von der Empörung getragen – nicht sinnlos. Der Aufständische

widersetzt sich der Ordnung, die er als tödlich ansieht und fordert ein moralisches, eigenes ‚wir‘. Er hat im Übrigen in keiner Form den Eindruck, etwas Unmoralisches zu tun, ganz im Gegenteil. Daher werden die Ausschreitungen auch als solche gefordert. Der Aufstand ist legitim. [...]. Er überschwemmt das soziale und das politische System mit seiner moralischen Dimension und durch den Gebrauch

der Gewalt, um geradewegs eine ‚tödliche‘ und zynische Ordnung in Frage zu stellen, die ihn daran hindert, zu leben.“ (dazu auch Tijé-Dra in diesem Band).

mucchielli@msh.univ-aix.fr

### 3 Das Bedürfnis nach Anerkennung, der Ruf nach Staatsbürgerschaft

Gewalt war nie und ist nicht die einzige praktizierte Sprache der Jugendlichen ‚mit Migrationshintergrund‘, die in hohem Maße in den ‚sensiblen‘ Wohnvierteln leben. Der Befund des *politischen Potentials* dieser Bevölkerungsteile drängt sich

im Gegenteil auf, vorausgesetzt sie erhalten die Unterstützung von den etablierten Bewegungen beziehungsweise arbeiten mit diesen zusammen. Die Unruhen wurden immer von anderen Formen kollektiven Protests begleitet. In genau den gleichen Vierteln der gleichen Städte der *banlieue* von Lyon, in denen die ersten *rodéos*, also Verfolgungsjagden mit der Polizei, Ende der 1970er Jahre stattfanden, entwickelten sich auch politische Mobilisierungen von Arbeitsmigranten (gegen rassistische Aggressionen, gegen Polizeigewalt, gegen Abschiebungen, um Rechtsgleichheit

im Unternehmen oder das lokale Wahlrecht einzufordern), unterstützt von den Kirchen und ‚linksmilitanten‘ Vereinigungen (Bachmann und Leguennec 1996). In einem dieser Stadtviertel nahm der bekannte ‚*Marche pour l'égalité et contre le racisme*‘ (Demonstrationszug für Gleichheit und gegen Rassismus) (anschließend

mit dem Beinamen ‚*Marche des Beurs*‘, also Demonstrationszug der Nachfahren ‚arabischer‘ Immigranten, versehen) im Jahr 1983 unter Mitwirkung eines katholischen Priesters und eines protestantischen Pfarrers seinen Ausgangspunkt (Jazouli 1986; Hajjat 2013)<sup>4</sup>.

Ebenso haben in der Siedlung *cité du Chêne pointu* in Clichy-sous-Bois (*département*

Seine-Saint-Denis im Nordosten von Paris) nach dem Drama des 27.

Novembers 2005, bei dem in einem Umspannwerk des Stromkonzerns EDF auf der Flucht vor der Polizei zwei Jugendliche starben und ein dritter schwer verletzt

<sup>3</sup> Anmerkung der Herausgeber: Das Wort ‚*beur*‘ ist eine Verballhornung des Wortes ‚*arabe*‘ (Araber, arabisch) in der französischen Jugendsprache *verlan* (von *envers* = ‚anders herum‘). Ausgehend von französischen Begriffen werden im *verlan* Wörter umgeschrieben, mit anderen Sprachen gemischt und grammatikalisch verändert. *Verlan* wurde von Jugendlichen aus den *banlieues* erfunden. ‚*Beur*‘ wird seit den 1980er

Jahren von Nachfahren nordafrikanischer Einwanderer als Selbstbezeichnung gebraucht.

<sup>4</sup> Zwischen Oktober und Dezember 1983, im Anschluss an zahlreiche rassistisch motivierte Gewalttaten und Polizeigewalt organisiert ein Zusammenschluss von Jugendlichen ‚mit Migrationshintergrund‘ eine neuartige Kundgebung: einen großen Demonstrationszug, der von Marseille aus Frankreich bis Paris durchquert. Inspiriert vom gewaltfreien Handeln Martin Luther Kings fordern die Organisatoren politische Rechte für Immigranten. Bei ihrer Ankunft in Paris versammelt die Kundgebung mehr als 100.000 Menschen und genießt eine breite mediale Aufmerksamkeit. Eine Delegation wird vor diesem Hintergrund vom damaligen Staatspräsidenten empfangen.

mucchielli@mmsch.univ-aix.fr

wurde, und der ersten Nacht der Ausschreitungen die Familien der Jugendlichen Rechtsanwälte eingeschaltet, um die Eröffnung einer juristischen Untersuchung der Umstände einzufordern, nachdem die öffentlichen Behörden es ablehnten, die Jugendlichen als Opfer anzusehen.

Zudem zogen sie mit ihrem Umfeld und anderen Bewohnern mit der Unterstützung der Gemeinde in einem Schweigemarsch, der drei Tage später organisiert wurde, durch die Stadt – ein Marsch, der in Verbindung mit dem Abklingen der Unruhen am gleichen Abend im Stadtquartier in Verbindung stand, bevor ein anderer

schwerwiegender Zwischenfall sie wieder entfachte: das Werfen einer Tränengasgranate

in den Eingang einer Moschee.

Diese Beobachtungen unterstreichen die appellative Natur der Unruhen, den Ruf nach Anerkennung, der damit einhergeht. Die Unruhen zielen nicht darauf ab, zu zerstören, um zu zerstören und die Unruhestifter machen im Normalfall auch nur einen begrenzten Gebrauch von Gewalt: sie greifen meistens Elemente im Stadtbild an, zu denen man auch die Autos zählen kann, die am Straßenrand stehen, genauso wie die Mülleimer, die Bushaltestellen oder die Telefonkabinen. Schüsse in Richtung von Polizisten wie 2007 in Villiers-le-Bel sind dagegen die Ausnahme. In diesem Sinne sind die Unruhen Teil einer allgemeinen Bewegung der Befriedung von Formen der Rebellion (Crettiez und Sommier 2006). Die Unruhestifter

zweifeln nicht das aktuelle sozio-politische System an, sie prangern die Scheinheiligkeit und die andauernden ‚symbolischen Gewaltakte‘ (in Anschluss an Bourdieu) an. Wie Axel Honneth (2000) gezeigt hat, stellen die kollektiven Proteste nicht nur Interessenskonflikte dar – sie enthalten auch moralische Erwartungen,

Gefühle von kollektiv verspotteter Ehre, von Geringschätzung und der Verweigerung von Anerkennung. Nichtsdestoweniger gehen der Wunsch nach Anerkennung und der Wunsch nach Umverteilung Hand in Hand (Frazer 2005). Gewiss sind die aktuellen Unruhen in Frankreich mit keinen steuerlichen oder Forderungen im Zusammenhang mit dem Ständesystem verbunden und auch nicht mit Macht- und ordnungspolitischen Konflikten verbunden, die die Geschichte der Volksaufstände seit dem Ende des Mittelalters begleitet haben (Nicolas 2002). Dennoch ist der fehlende Zugang zu ‚normalem‘ sozialem und wirtschaftlichem Leben zentral in der Wahrnehmung der ‚ungerechten‘ Gesellschaft, die die Unruhestifter

vor Augen haben (Mucchielli und Le Goaziou 2007). Außerdem kann der gehäufte Abstieg der als ‚sensibel‘ bezeichneten Stadtviertel nur das Gefühl der Ausgrenzung, ja sogar der Verbannung, verstärken. Die Trennung im urbanen Raum nimmt eine symbolische Dimension an.

Und schließlich ordnen sich die Unruhen nicht um einen Kommunitarismus an, ebenso wenig um eine Forderung von Autonomie im Verhältnis zu den demokratischen

Regeln, die die Gesamtgesellschaft bestimmen. Die Jugendlichen ‚mit

[mucchielli@mmsch.univ-aix.fr](mailto:mucchielli@mmsch.univ-aix.fr)



Migrationshintergrund‘, ob Unruhestifter oder nicht, fordern nicht die Möglichkeit ein, nach anderen Regeln zu leben als die, die das Leben der nationalen Gemeinschaft bestimmen, sondern ganz im Gegenteil das Recht, umfassend an diesem Leben und an diesen Regeln teilzuhaben, während sie gleichzeitig in ihren Besonderheiten respektiert werden. Es stellt sich daher die Frage, wieso die politischen Akteure die Unruhen nicht als solche wahrnehmen können oder wollen, wie sie hier analysiert wurden; warum sie von der Gewalt ‚erschlagen‘ und unfähig zu sein scheinen, zu handeln, während sie anerkennen, dass die Einwohner der betroffenen Viertel in ihren Lebensbedingungen und in Bezug auf die Chancengleichheit benachteiligt werden (Le Goaziou 2007).

#### **4 Die Stadtpolitik *politique de la ville* hat weder Partizipation noch Mediation geschaffen**

Die öffentliche Hand beschäftigt sich seit langem mit den Sozialwohnungs-Großwohnsiedlungen, den *grands ensembles HLM*. Seit Ende der 1970er Jahre folgt die quartiersbezogene Stadtpolitik *politique de la ville* aller Regierungen in unterschiedlicher Ausprägung drei zentralen Handlungsachsen: die ‚Instandsetzung‘ der Bausubstanz, die so genannten Politiken ‚positiver Diskriminierung‘ und die ‚Partizipation der Bewohner‘ (siehe dazu auch Kirszbaum sowie Weber in diesem Band). Die erste Achse, die erneut stark mit Programmen zu Abriss und Wiederaufbau des Gesetzes Borloo vom August 2003 forciert wurde, weist eine zwiespältige Bilanz auf (Donzelot 2012; Epstein 2013). Die zweite Achse hat nie ihre Ziele erreicht, da die Schere und die Ungleichheiten zwischen diesen Vierteln und den anderen Gebieten nicht kleiner geworden sind. Bei der dritten beruht die zentrale Idee darauf, dass sich die Politiken in Richtung der ‚Problemviertel‘ auf lokale, kommunale und Vereins-Ressourcen stützen, um die ‚Partizipation‘ der Bewohner anzuregen und so die ‚Staatsbürgerschaft‘ und die ‚lokale Demokratie‘ weiterzuentwickeln, ohne ‚Kommunitarisierungen‘ zu fördern, da sich die Politiken implizit zu einem großen Teil an die migrantische Bevölkerung und ihre Nachfahren richten. Damit konnte die *politique de la ville* auch als eigentliche politische Antwort auf die ‚Krise der Vorstädte‘, die ‚*crise des banlieues*‘ gewertet werden. Doch leider muss ihr hier ihr Scheitern bescheinigt werden. Besonders im Gegensatz zu den amerikanischen *community development corporations* lässt die soziale Stadtentwicklung ‚à la française‘ die Bewohner außen

5 „Der Ausdruck *community organizing* bezeichnet besonders in Nordamerika und im Vereinigten Königreich eine große Bandbreite unterschiedlicher kollektiver Organi

mucchielli@mmsch.univ-aix.fr

vor (Donzelot et al. 2003). Die Ziele werden durch die lokalen Staatsvertreter und durch die Verantwortlichen der Stadtpolitik festgelegt, nicht durch die lokalen Vereinigungen

der Bewohner, die nur die Umsetzung absichern. Diese Vereinigungen werden oft durch die Staatsmacht initiiert und finanziert und in ihrer Verwaltung durch den Staat und die Gebietskörperschaften kontrolliert. Sie bestehen nur, um Maßnahmen umzusetzen, die nach sozio-ökonomischen administrativen Kriterien beschlossen wurden. Infolgedessen wird die Mitarbeit der Bewohner nicht wirklich angestrebt und sie sind nicht in der Position, ihre gemeinsamen Erwartungen, ihre Projekte und ihre Maßnahmen auszuarbeiten. Abgesehen von seltenen Ausnahmen werden die Bewohner nur zu Rate gezogen, manchmal auch nur informiert,

wenn die Entscheidungen bereits getroffen wurden. Die Stadtpolitiken wurden zu institutionellen Apparaten unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Selbst das Wort ‚*communauté*‘ (Interessensgemeinschaft, Nachbarschaftsgemeinschaft) wurde in ‚Kommunitarismus‘ abgewertet, um eine rückwärtsgewandte Staatsbürgerschaftsform

zu bezeichnen. Man erhebt den Anspruch auf individuelles Erlernen der Staatsbürgerschaft in Bezug auf den Zugang zu Rechten und Schritten eines ‚persönlichen Projekts‘ oder eines kleinen Vereinsprojekts und man fördert gerade nicht die kollektive Emanzipierung im Konflikt und Solidarvorhaben. Man wünscht die Meinung der Bewohner und dass sie sich in Projekte einbringen und dies ihre Verstimmung abmildert. Aber man will nicht, dass sie unabhängig werden, dass sie zu viele Forderungen erheben, dass sie sich selbst finanzieren, dass sie sich gemeinschaftlich mobilisieren und an Stelle des Präfekten oder Bürgermeisters

entscheiden. Die Politiken haben insgesamt eine Funktion der Billigung und nicht einer Ermächtigung zur Selbstbestimmung.

Hierin liegt das Paradoxon einer französischen Politik, die ihre Zeit damit verbringt, zu bedauern, dass die Menschen passiv sind und nur ‚zuschauen‘, die aber nicht versteht, dass ihre ‚paternalistische‘ Form nur genau dies bewirken kann (Avenel 2004, S. 112). Im besten Fall kann die französische *politique de la ville* das *Gefühl von Verlassenheit* abmildern, nicht aber das *Gefühl von Ohnmacht und Machtlosigkeit*. Indem das Individuum in seiner persönlichen Beziehung zum Staat eingeschränkt wird (so wie es auch schon in seinen persönlichen Beziehungen im Beruf oder ohne Arbeit eingeschränkt ist), verstärkt sie den Niedergang sationsformen auf lokaler Ebene, die die Partizipation der Bewohner am Leben ihrer *community* anstreben. [...]. Diese Organisationsformen zielen im Allgemeinen darauf, dass die Bewohner nicht nur an Entscheidungsfindungen teilnehmen, sondern dass sie auch zur Umsetzung beschlossener Projekte beitragen. Sie können auch aus einer lokalen bürgerschaftlichen Initiative hervorgehen, die von den öffentlichen Politiken unterstützt werden.“ (Balazard 2013). Für eine kritische Analyse dieser Initiativen in den USA siehe Bacqué (2005).

mucchielli@msh.univ-aix.fr

vermittelnder Solidaritäten (die sie im Übrigen manchmal im Namen der Sorge vor ‚Kommunitarismus‘ bekämpft) und beraubt sich Regulierungsformen spezifischer

Probleme. Schließlich verbietet sie das Aufkommen jeder irgendwie gearteten Form partizipativer Demokratie und blockiert eigentlich bei den Vereinsführern jede Regung autonomen politischen Handelns. Dennoch hören diese nicht auf, aus den Strukturen der *politique de la ville* hervorzugehen, in die sich viele junge und motivierte Erwachsene mit Abschluss, die diese Stadtviertel bewohnen, eingebracht haben (gerade viele Jugendliche mit maghrebischer Herkunft).

## **5 Fehlende politische Repräsentation und wachsende Stigmatisierung der Arbeiterviertel**

Ende der 1980er Jahre, nach dem Scheitern des ‚*mouvement beur*‘, der Bewegung der *beurs*, und des Rückzugs der Arbeiterviertel auf sich selbst, nahm der Wunsch der Jugendlichen ‚mit Migrationshintergrund‘ nach Identitäts- und politischer Anerkennung

neue Formen an, besonders durch die Übernahme der Hip-Hop-Kultur und einer wachsenden Zurschaustellung einer religiösen Zugehörigkeit (Zegnani 2013). Nun bewirkt dieses letzte Element, der Islam, eine starke Betonung der Angst und der Zurückweisung eines großen Teils der französischen Gesellschaft (Rey 1996; Césari 1997). Die „republikanische Vorstellungswelt“ bleibt „weiß und christlich“, was sich besonders vom Ausland aus wahrnehmen lässt (Dikeç 2007). Die Angst vor dem Islam, die öffentlich bei der Kopftuchdebatte<sup>6</sup> sichtbar wird, ist nach den Attentaten des 11. September 2001 noch größer geworden. Diejenigen, die immer häufiger als ‚Arabo-Muslime‘ bezeichnet werden, werden immer stärker ganz global für die ‚Unsicherheit‘ verantwortlich gemacht und sehen sich nun auch angeklagt, Gruppenvergewaltiger<sup>7</sup> und für eine „Rückkehr des Antisemitis-

<sup>6</sup> Die Frage rund um das Tragen des Schleiers durch junge Frauen muslimischer Konfession bildet den Gegenstand einer intensiven Polemik in Frankreich seit 1989 (Tevanian 2012). Die Frage fokussiert sich auf das Tragen des Schleiers im Schulkontext, aber sie breitet sich auch auf andere öffentliche Bereiche, wie beispielsweise Krankenhäuser, aus. Am 15. März 2004 wurde schließlich ein Gesetz initiiert, das alle sichtbaren religiösen Zeichen in schulischen Einrichtungen verbietet. Theoretisch betrifft das Gesetz alle Religionen, aber im Alltäglichen zielt es in besonderer Weise auf den Islam. Die konservative Regierung ließ auch das Gesetz vom 11. Oktober 2010 annehmen, das die Verschleierung des Gesichts im öffentlichen Raum verbietet. Dieses Gesetz zielt nicht auf den einfachen Schleier, sondern auf die Vollverschleierung (Niqab) ab. In der Praxis betraf dies nur 300 bis 400 Frauen in Frankreich.

<sup>7</sup> In der Zeit 2001-2002 interessierten sich die Medien plötzlich für die Frage von Gruppenvergewaltigungen.

Sie präsentierten dieses Phänomen im Allgemeinen als neu, als

mucchielli@msh.univ-aix.fr

mus“ verantwortlich zu sein (Mucchielli 2005). Eine einfache Gleichung setzt sich durch: ‚Islam = Nicht-Integration + Gewalt + Antisemitismus + Unterdrückung der Frau + Wiege des Terrorismus‘. Damit entwickelt sich eine Islamophobie bei einer Vielzahl politischer Verantwortlicher, Intellektueller, Journalisten, Essayisten und Romanautoren (Geisser 2003; Deltombe 2005; Hajjat und Mohammed 2013, 2014), was sehr stark von der betroffenen Bevölkerung wahrgenommen wird (Lapeyronnie 2008).

In diesem Kontext sind die Frage politischer Mediation und der politischen Repräsentation

entscheidend geworden. Gerade in Bezug auf diese beiden Hauptdimensionen der Integration weist das französische Politiksystem Defizite auf.

Zuerst handelt es sich um ein Defizit politischer Mediation, gefasst als die Gesamtheit

der Interventionen, die darauf abzielen, einen Dialog zur Thematisierung des Konfliktes zwischen den Bevölkerungsgruppen, die in den sensiblen urbanen Zonen (ZUS) leben, und politischen und administrativen Entscheidungsträgern zu initiieren, was von Personen oder Organisationen auf den Weg gebracht wird, die als legitime Vermittler von beiden Seiten angesehen werden. In den letzten drei Jahrzehnten ist es zu einem historischen Rückgang von Betreuungs- und Politisierungsformen

gekommen, die mit den politischen Parteien und Gewerkschaften sowie Jugendbewegungen und allgemeinen nicht konfessionellen oder religiösen Bildungsbewegungen zusammenhängen. Gewiss ist der Vereinsbereich manchmal in den ZUS durchaus auch dynamisch. Aber diese Vereinigungen und die lokalen vermittelnden Eliten, die sie hervorbringen könnten, sind in den meisten Fällen am Rand des Politischen oder innerhalb des kommunalen Klientelismus oder des absolut ungleichen Gegenübers mit dem Staat verortet (Wihtol de Wenden und Leveau 2001).

Schließlich stellt sich auch die Frage nach der politischen Repräsentation mehrerer Millionen Menschen auf dem französischen Staatsgebiet. Die so genannte Bevölkerung ‚mit Migrationshintergrund‘ leidet unter einem doppelten Defizit an politischem Angebot und Nachfrage. Auf der Seite der Nachfrage wurde abgesehen vom Wahlrecht von Ausländern bei Kommunalwahlen (trotz der Wahlversprechen der Linken), nie etwas beschlossen. Das Scheitern der *beur*-Bewegung, dann die Islamophobie haben in Teilen die ‚immigrantische Wählerschaft‘ zuerst von der politischen Linken entfernt, denen sie am nächsten standen, und schließlich stark anwachsend und als spezifisch für die armen Stadtviertel, die von der so genannten ‚arabo-muslimischen‘ Bevölkerung bewohnt würden. Diese drei Zuschreibungen sind allerdings falsch: es handelt sich um ein Phänomen sehr alter Jugendkriminalität, nichts deutet auf eine Zunahme hin und es ist auch keine Besonderheit für diese Stadtquartiere und diesen Teil der Jugendlichen (Mucchielli 2005).

mucchielli@msh.univ-aix.fr

lich vom Wahlsystem im Ganzen durch eine massive Enthaltung bei den Wahlen (Bacqué und Sintomer 2001; Bouard und Tiberj 2005) – und dies, wo auch die Nachfahren von Immigranten von nun an auf den Wahllisten genau wie der Rest der Bevölkerung eingeschrieben sind (Tiberj und Simon 2010). Auf der Seite des politischen Angebots ist die sehr schwache Integration von Repräsentanten dieser Bevölkerungsgruppen in den lokalen Bereichen der klassischen politischen Parteien und der kommunalen sich an der Macht befindenden Gruppen zu konstatieren (Masclet 2003; Rey 2004). Die Franzosen mit so genanntem ‚Migrationshintergrund‘ können entsprechend nirgends auf dem politischen ‚Spielfeld‘ die Möglichkeit finden, ihre Forderungen zu artikulieren oder ein Äquivalent zur ‚Protestwahl‘ eines Teils der Franzosen zugunsten der extremen Rechten auszudrücken, die man als uralte und ursprünglich französisch bezeichnen könnte.

## 6 Fazit

In Verbindung mit Prozessen sozio-ökonomischer Exklusion und diversen Formen der Diskriminierung im öffentlichen Leben hat sich die Situation der politischen Leere als katastrophal herausgestellt. Sie schließt einen Teil der Bevölkerung weg, durch das, was wir zuerst bezeichnet haben als „ein Universum von Repräsentationen, die durch Gefühle der Ungerechtigkeit und der gemeinschaftlichen Opferrolle strukturiert sind, nachdem wir eine Stichprobe von Rap-Texten analysiert haben“ (Mucchielli 2003; dazu auch Tijé-Dra in diesem Band). Im Jahr 2006 hat die Analyse des Diskurses der Unruhestifter klar deren zentrales Gefühl ans Licht gebracht, im täglichen Leben gedemütigt zu werden (Mucchielli und Aït-Omar 2007). Bei manchen Jugendlichen verharmlost diese Situation die Idee, dass Gewalt das einzige Mittel, sich Gehör zu verschaffen, darstellt. In diesem Sinne kann sie Prozesse einer Radikalisierung (Boubekeur 2010) und eines individuellen Abrutschens zum Djihadismus und zum Terrorismus beschleunigen – ein Abrutschen, das selten vorkommt, gleichzeitig aber hochgefährlich ausfällt (siehe auch Freitag-Carteron in diesem Band).

mucchielli@msh.univ-aix.fr

## Literatur

- Avenel, C. (2004). *Sociologie des « quartiers sensibles »*. Paris: Armand Colin.
- Bachmann, C., & Leguennec, N. (1996). *Violences urbaines. Ascension et chute des classes moyennes à travers cinquante ans de politique de la ville*. Paris: Albin Michel.
- Bacqué, M.-H. (2005). Associations 'communautaires' et gestion de la pauvreté. Les Community Development Corporations à Boston. *Actes de la recherche en sciences sociales* 160, 46-65.
- Bacqué M.-H., & Sintomer, Y. (2001). Affiliations et désaffiliations en banlieues. *Revue française de sociologie* 2, 217-249.
- Balazard, H. (2013). Community organizing. In I. Casillo et al. (Hrsg.), *Dictionnaire critique et interdisciplinaire de la participation*. <http://www.participation-et-democratie.fr/fr/dico/community-organizing>. Zugegriffen: 26. April 2015.
- Beaud, S., & Pialoux, M. (2003). *Violences urbaines, violence sociale*. Paris: Fayard.
- Bouard, S., & Tiberj, V. (2005). *Français comme les autres? Enquête sur les citoyens d'origine maghrébine, africaine et turque*. Paris: Les Presses de Sciences Po.
- Boubekeur, A. (2010). La littérature sur les violences islamistes en Europe. In X. Crettiez & L. Mucchielli (Hrsg.), *Les violences politiques en Europe* (S. 31-44). Paris: La Découverte.
- Castel, R. (2006). La discrimination négative. Le déficit de citoyenneté des jeunes de banlieue. *Annales HSS* 4, 777-808.
- Césari, J. (1997). *Faut-il avoir peur de l'islam?* Paris: Les Presses de Sciences Po.
- Deltombe, T. (2005). *L'Islam imaginaire. La construction médiatique de l'islamophobie en France*. Paris: La Découverte.
- Dikeç, M. (2007). *Badlands of the Republic. Space, Politics and Urban Policy*. Oxford: Blackwell.
- Donzelot, J., Mevel, C., & Wyvekens, A. (2003). *Faire société. La politique de la ville Aux États-Unis et en France*. Paris: Seuil.
- Donzelot, J. (Hrsg.). (2012). *À quoi sert la rénovation urbaine*. Paris: PUF.
- Epstein, R. (2013). *La rénovation urbaine. Démolition-reconstruction de l'Etat*. Paris: Presses de Sciences Po.
- Fraser, N. (2005). *Qu'est-ce que la justice sociale ? Reconnaissance et distribution*. Paris : La Découverte.
- Geisser, V. (2003). *La Nouvelle Islamophobie*. Paris: La Découverte.
- Hajjat, A. (2013). *La Marche pour l'égalité et contre le racisme*. Paris: Éditions Amsterdam.
- Hajjat, A., & Mohammed, M. (2013). *Islamophobie. Comment les élites françaises fabriquent le « problème musulman »*. Paris: La Découverte.
- Hajjat, A., & Mohammed, M. (Hrsg.). (2014). « *Sociologie de l'islamophobie* ». *Sonderausgabe der Zeitschrift Sociologie* 5 (1). Paris : Presses universitaires de France
- Honneth, A. (2000). *La Lutte pour la reconnaissance*. Paris: Cerf.
- Jazouli, A. (1986). *L'Action collective des jeunes Maghrébins de France*. Paris: L'Harmattan.
- Kokoreff, M. (2008). *Sociologie des émeutes*. Paris: Payot.
- Kokoreff, M., & Lapeyronnie, D. (2013). *Refaire la cité. Diversité et politique des quartiers populaires*. Paris: Seuil.
- Lapeyronnie, D. (2006). « Révolte primitive » dans les banlieues françaises. *Déviance et société* 30 (4), 431-448.

mucchielli@msh.univ-aix.fr

Unruhen in der aktuellen französischen Gesellschaft 143

- Lapeyronnie, D. (2008). *Ghetto urbain. Ségrégation, violence, pauvreté en France aujourd'hui*. Paris: Robert Laffont.
- Le Goaziou, V. (2007). La classe politique française et les émeutes: silence et déni. In L. Mucchielli & V. Le Goaziou (Hrsg.), *Quand les banlieues brûlent* (S. 36-57). Paris: La Découverte.
- Marlière, E. (2008). *La France nous a lâchés! Le sentiment d'injustice chez les jeunes des cités*. Paris: Fayard.
- Masclat, O. (2003). *La Gauche et les Cités. Enquête sur un rendez-vous manqué*. Paris: La Dispute.
- Mauger, G. (2006). *L'Émeute de novembre 2005. Une révolte proto-politique*. Boissieux: Le Croquant.
- Mohammed, M. (2007). Les voies de la colère: « violences urbaines » ou révolte d'ordre politique? L'exemple des Hauts-de-Seine à Villiers-sur-Marne ». *Socio-logos 2*. <http://socio-logos.revues.org/document352.html>. Zugegriffen: 26. April 2015.
- Mucchielli, L. (2003). Le rap de la jeunesse des quartiers relégués. Un univers de représentations structuré par des sentiments d'injustice et de victimation collective. In M. Boucher & A. Vulbeau (Hrsg.), *Émergences culturelles et jeunesse populaire. Turbulences ou médiations?* (S. 325-355). Paris: L'Harmattan.
- Mucchielli, L. (2005). *Le Scandale des « tournantes ». Dérives médiatiques et contre-enquête sociologique*. Paris: La Découverte.
- Mucchielli, L. (2006). Les émeutes urbaines: formes élémentaires de la contestation politique. In : X. Crettiez, & I. Sommier (Hrsg.), *La France rebelle* (S. 29-44). Paris: Michalon.
- Mucchielli, L. (2010). Pour une sociologie politique des émeutes urbaines en France. In : J.-L. Olive, L. Mucchielli, & D. Gaband (Hrsg.), *État d'émeutes, État d'exception: retour à la question centrale des périphéries* (S. 127-174). Perpignan: Presses de l'université de Perpignan.
- Mucchielli, L., & Aït-Omar, A. (2007). Les émeutes de l'automne 2005 dans les banlieues françaises du point de vue des émeutiers. *Revue internationale de psychosociologie 30* (2), 137-156.
- Mucchielli L., & Le Goaziou V. (Hrsg.). (2007). *Quand les banlieues brûlent. Retour sur les émeutes de novembre 2005*. Paris: La Découverte.
- Nicolas, J. (2002). *La Rébellion française. Mouvements populaires et conscience sociale, 1661-1789*. Paris: Seuil.
- Rey, H. (1996). *La Peur des banlieues*. Paris: Presses de Sciences Po.
- Rey, H. (2004). *La Gauche et les Classes populaires. Histoire et actualité d'une mésentente*. Paris: La Découverte.
- Tevanian, P. (2012). *Dévoilements. Du hijab à la burqa: les dessous d'une obsession française*. Paris: Libertalia.
- Tiberj, V., & Simon, P. (2010). Vie citoyenne et participation politique. In Équipe TeO, *Trajectoires et origines. Enquête sur la diversité des populations en France*, Ined, Documents de travail 168, Paris.
- Wihtol de Wenden, C., & Leveau, R. (2001). *La Bourgeoisie. Les trois âges de la vie associative issue de l'immigration*. Paris: éd. du CNRS.
- Zegnani, S. (2013). *Dans le monde des cités. De la galère à la mosquée*. Rennes: Presses Universitaires de Rennes.